

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 21. September 2017, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Rupp Gyger Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Thomas Hiltbold (bis Traktandum 6), Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger (bis Traktandum 6), Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Daniel Schenk (bis Traktandum 6), Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniela Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträtinnen Heidi Anderes, Sabine Kaufmann Stadträte Serge Lanz, Till Weber, Jonas Baumann-Fuchs
Schluss der Sitzung	21:15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst sie Andreas Zwahlen willkommen und wünscht ihm alles Gute in seinem neuen Amt als Stadtrat. Weiter begrüsst sie die Delegation der Hotelfachschule und des Bildungszentrums für Pflege.

Die Fraktion Grüne schlägt Roman Gugger als Ersatz-Stimmenzähler anstelle von Till Weber vor.

Der Rat stimmt dem Antrag stillschweigend zu.

68. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 24. August 2017

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

69. Zonenplanänderung ZÖN Nr. 43 Friedhof Schoren

Genehmigung Zonenplanänderung ZÖN Nr. 43 Friedhof Schoren und Änderung Baureglement.

Bericht des Gemeinderates Nr. 13/2017

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erläutert das Geschäft. Es geht nicht nur um das Krematorium selbst, sondern auch um die Erweiterung anderer Bauten, die in Zusammenhang mit dem Friedhof oder dem Krematorium stehen. Einige Fragen wurden in der SAKO speziell diskutiert. Einerseits wird bei der Gebäudehöhe von 16 Metern präzisiert, dass das Gebäude allenfalls im Bereich der jetzigen Abdankungshalle stehen würde. Der elegante neue Bau des Krematoriums soll dadurch nicht gestört werden. Es handelt sich um eine möglichst hohe Flexibilisierung für die kommenden 15 bis 20 Jahre. Bei der Erhöhung der Lärmempfindlichkeitsstufe ist die Vorbelastung durch die Strättligenstrasse zu beachten. Heute wird die Strasse täglich von rund 7 500 Autos befahren. Da sich das Publikum des neuen Krematoriums nicht ändert, wird mit einer unmerklichen Verkehrszunahme von 0,5% respektive 40 Autos gerechnet. Sie bittet den Rat, der Zonenplanänderung zuzustimmen.

Peter Aegerter, **SAKO StE**, informiert über die intensiven Diskussionen in der SAKO. Die Erhöhung der Lärmempfindlichkeitsstufe sowie die neue maximale Gebäudehöhe wurden kritisiert und hinterfragt. Fragen zur Gebäudehöhe konnten in der SAKO verständlicherweise nicht beantwortet werden. Dafür wurden die Fragen auf protokollarischem Weg beantwortet. Herr Aegerter erinnert an die öffentliche Mitwirkung zur Überbauungsordnung im Herbst 2016, bei der eine Stellungnahme einer politischen Partei eingegangen war. Bereits damals wurde die maximale Gebäudehöhe von 16 Metern in Frage gestellt. Die Einstellung der Stadt war damals wie auch heute dieselbe. Während der öffentlichen Planungsphase von Mitte Juni bis Juli sind keine Einsprachen eingegangen. Die SAKO empfiehlt deshalb mit 4 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 2 Absenzen die Annahme der Zonenplanänderung.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, hat die Gebäudehöhe von 16 Metern schon im Herbst 2016 kritisiert und eine Reduktion um 6 Meter empfohlen. Für den Gemeinderat ist es wichtig zu wissen, ob mit Oppositionen zu rechnen ist. Für die Zukunft wird empfohlen, dass alle politischen Parteien am Prozess mitwirken. Der Aufwand einer Mitwirkungseingabe ist im Vergleich zum Verwaltungsaufwand bei einer Rückweisung des Geschäfts sehr klein. Die Fraktion stimmt der Zonenplanänderung zu. Es kann zu einem späteren Zeitpunkt durch Einsprachen oder die Ablehnung von Kreditbewilligungen immer noch eingegriffen werden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, hat grundsätzlich Verständnis für die Zonenplanänderung, teilt jedoch die Kritik gegenüber einer Gebäudehöhe von 16 Metern. Die Fraktion hat die Eingabe im Herbst 2016 verpasst. Möglicherweise geht es Anwohnenden ähnlich. Für die Fraktion ist die Zonenplanänderung zu wenig konkret. Das Verkehrsaufkommen ist stark von der Nutzung des Neubaus abhängig und kann sich ändern, sobald ein konkretes Bauprojekt vorliegt, wie vergangene Projekte gezeigt haben. Es wird vor Einsprachen gewarnt. Die Fraktion bekundet ihre Skepsis und lehnt das Geschäft ab.

Alain Kleiner, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Zustellung der nötigen Unterlagen und die Beantwortung der Fragen. Die Fraktion hat sich von der Verlegung des Krematoriums überzeugen lassen. Die Zonenplanänderung ist eine notwendige Voraussetzung für den Neubau des Krematoriums. Zonenbestimmungen sind häufig sehr eng formuliert. Durch die Zonenplananpassung soll die Weiterentwicklung des Friedhofs und dessen Infrastruktur ermöglicht werden. Obwohl die Gebäudehöhe von 16 Metern in der Fraktion für Skepsis gesorgt hat, ermöglicht die offene Formulierung eine mögliche Weiterentwicklung in Zukunft. Die Fraktion stimmt der Zonenplanänderung einstimmig zu.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, stellt einige Unklarheiten bei der Zonenplanänderung fest. Die maximale Gebäudehöhe ist der Fraktion ins Auge gestochen. Bezüglich Mantelnutzung ist in den Unterlagen die Rede davon, dass ein Teil des Werkhofes verlegt wird. Die Fraktion konnte davon überzeugt werden, dass eine Verlegung wegen des Nutzungsartikels nur für Hilfsmittel des Friedhofs möglich ist. Das Verkehrsaufkommen ist stark von der Mantelnutzung abhängig. Die Zufahrt sowie andere Strassen müssen im Auge behalten werden. Im Hinblick auf die Erhöhung der Lärmempfindlichkeitsstufe ist anzumerken, dass die Nutzung an sich sowie die Mantelnutzung für mehr Lärm sorgen werden. Herr Kübli weist darauf hin, dass ein Gebäudeeingang auf der Seite der C.F.L. Lohnerstrasse aufgrund von Lärm und Störung für die Anwohnenden nicht optimal wäre. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist mit den Ausführungen des SAKO-Präsidenten einverstanden. Die Fraktion hofft, dass es zu keinem Referendum kommt. Das Votum von Stadträtin de Meuron betreffend verpasster Eingabe macht die Fraktion stutzig. Die Öffentlichkeit wurde ins Boot geholt, ohne dass Negativmeldungen eingegangen sind. Mit der Zonenplanänderung wird die notwendige Flexibilität für eine Weiterentwicklung geschaffen. Die Fraktion erachtet das Geschäft als sinnvoll und unterstützungswürdig. Die Zonenplanänderung wird einstimmig genehmigt.

Der Rat genehmigt mit 31 : 4 Stimmen den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstaben b und c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. August 2017 beschliesst:

1. Genehmigung der Zonenplanänderung Friedhof Schoren ZöN Nr. 43.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

70. Neubau Krematorium Thun-Schoren; Genehmigung Ausführungskredit

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 15'660'000 Franken für die Ausführung eines Neubaus eines Krematoriums in Thun-Schoren als neue Ausgabe. Überführung von Grundstücken zum Buchwert von 242'433 Franken Finanz- ins Verwaltungsvermögen

Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2017

Die Stadtratspräsidentin macht darauf aufmerksam, dass über die korrigierte Fassung diskutiert wird.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die Zustimmung zur Zonenplanänderung und nimmt zur Gebäudehöhe Stellung. Es wird nicht von Mantelnutzung, sondern von einer Option gesprochen, die Bestandteil des Architekturwettbewerbs war. Der Werkhof würde bei einer Realisation nur zweigeschossig werden. Herr Hädener unterstreicht, dass es keine konkreten Absichten gibt, ein 16 Meter hohes Gebäude auf der Friedhofsparzelle zu bauen. Es handelt sich dabei um eine reine Vorsichtsmassnahme, damit in einigen Jahren nicht neue Anpassungen vorgenommen werden müssen. Er entschuldigt sich für den Nachversand, der durch eine Flächenkorrektur zustande gekommen ist. Die Kosten verändern sich durch die Korrektur nicht. Es werden lediglich Flächen und Werte vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umgeschoben. Er macht auf die Tischvorlage aufmerksam. Dabei handelt es sich um einen Änderungsantrag der SVP/FDP-Fraktion über die Abstimmungsbotschaft, in der aus Transparenzgründen auf die zu-

sätzliche Stellenschaffung hingewiesen werden soll. Der Gemeinderat hat den Änderungsantrag besprochen und erachtet ihn als sinnvoll.

Franz Schori, **SAKO B+L**, wurde über das Geschäft informiert. Die Budgetgenauigkeit ist mit einer minimalen Abweichung von 1% gegenüber der Grobkostenschätzung das Ergebnis von Einsparungen bei der Projekterarbeitung, wie beispielsweise der Umgebungsarbeit. Das Krematorium ist aus finanzpolitischer Sicht eine rentable Investition für die Stadt. Das Projekt wurde mit der nötigen Transparenz mustergültig aufgezogen. Die SAKO B+L empfiehlt einstimmig die Annahme des Verpflichtungskredits.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, vermutet, dass das Krematorium schweizweit für Aufsehen und einen regelmässigen Besuch aus der Fachwelt sorgen wird. Das Krematoriumprojekt ist ein gutes Beispiel dafür, dass bei Neubauten auf Qualität und nicht nur auf Kostenoptimierung und Profitmaximierung geachtet wird. Die Fraktion bedauert aus energiepolitischer Sicht, dass der MINERGIE-P Standard nicht angewendet wird. Bei der Ausschreibung wurde MINERGIE-P vorgegeben. Aus Sicht der Fraktion müssten Projekte, die die Vorgaben nicht einhalten, ausscheiden. Da letztlich das grosse Ganze beurteilt werden muss, stimmt die Fraktion dem Ausführungskredit zu.

Michael Dähler, **SVP/FDP-Fraktion**, erinnert an den Volksentscheid im 2010, bei dem die Thuner Bevölkerung eine Aufhebung von kostenlosen Bestattungen abgelehnt hat. Auswärtige Kremationskosten müssten durch die Stadt finanziert werden. Das Siegesprojekt "OBON" überzeugt die Fraktion nach wie vor. Es handelt sich beim Krematorium Thun Schoren um ein gelungenes Geschäft, das vom Gemeinderat vorbildlich aufgegleist wurde. Es wurde immer ausführlich und frühzeitig über die neusten Entwicklungen informiert. Leider muss festgestellt werden, dass in den Folgekosten zusätzliche Personalkosten für 100 Stellenprozent aufgeführt sind. Die Fraktion findet die Personalaufstockung unglücklich und stellt den Antrag, die Abstimmungsbotschaft aus Transparenzgründen gemäss der schriftlich eingereichten Korrektur zu ändern. Herr Dähler dankt dem Gemeinderat für die Empfehlung zur Annahme. Es wird angemerkt, dass durch die kostenlosen Kremationen der einheimischen Bevölkerung keine schwarzen Zahlen geschrieben werden. Mit einer Annahme wird der Weg zur Volksabstimmung geebnet. Aufgrund der momentanen Situation soll es keine weiteren Verzögerungen geben. Die Fraktion nimmt das Geschäft an und ist gespannt auf den Entscheid der Thuner Bevölkerung.

Für die Abstimmungsbotschaft wird unter dem Titel „Kosten und Finanzierung“ als zweitletzter Abschnitt folgende Ergänzung beantragt: "Nach dem Umzug des Bereichs Friedhof- und Bestattungswesen vom Stadtfriedhof in den Neubau auf dem Schorenfriedhof müssen für die Bewirtschaftung der weiterhin auf dem Stadtfriedhof betriebenen Anlageteile (z.B. Abdankungshalle, Aufbahrungszimmer, Büro Sigrist) voraussichtlich zusätzliche 100 Stellenprozente geschaffen werden. Diese neu zu schaffende Stelle führt zu zusätzlichen, jährlich wiederkehrenden Kosten von rund 78 800 Franken."

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, erläutert das Geschäft. Das neue Projekt des Krematoriums sieht vielversprechend aus. Betriebsabläufe können wesentlich verbessert werden. Die Erschliessung via Strättligenstrasse ist optimal, um den neuen Standort des Krematoriums zu erreichen. Das Projekt überzeugt trotz hoher Kosten. Mit dem Änderungsantrag erklärt sich die Fraktion einverstanden und stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, steht dem Neubau des Krematoriums wie auch anderen Grossprojekten kritisch gegenüber. Es wird daran erinnert, dass die Fraktion den Wettbewerbskredit aufgrund von mangelnden Alternativen zurückgewiesen und einen Kostendeckel von 14,5 Millionen Franken beim Projektierungskredit vorgeschlagen hat. Die architektonische Qualität des Projekts wird gelobt. Es erinnert entfernt an eine Miniaturausgabe des Weissen Hauses, das zum Picknicken und Frisbee-Spielen einlädt. Der Zweck des Gebäudes darf aber nicht vergessen werden. Niemand geht freiwillig in ein Krematorium. Die Architektur ist sekundär. Es geht nicht darum, einen Akzent zu setzen. Das Gebäude soll zurückhaltend und schlicht sein. Die hohe architektonische Qualität ist am falschen Objekt. Die Fraktion stellt eine Kostenentwicklung fest. Im November 2014 wurde von jährlichen Mehrkosten in der Höhe von 225'000 Franken gesprochen. Heute handelt es sich um den dreifachen Betrag. Die Gesamtkosten sind stark gestiegen. In Thun sind gewisse Gebäude wie Schulhäuser seit Jahren in einem schlechten Zustand. Aus diesem Grund passt ein solches Edelkrematorium nicht in das Gebäudeportfolio. Die Fraktion hat erfolglos versucht, Einfluss zu nehmen und ist mit dem Projekt nicht zufrieden. Eine Optimierung des Betriebs

wird befürwortet. Allerdings wird die Optimierung nicht durch den Bau herbeigeführt, sondern mit Mehrkosten erkaufte. Es stellt sich die Frage, ob die Aufbahrungsräume im neuen Krematorium am richtigen Ort sind. Die Fraktion erachtet es nicht als sinnvoll, an beiden Standorten eine Vielzahl an Aufbahrungsräumen zu unterhalten. Möglicherweise hätten die Aufbahrungsräume am bestehenden Standort bleiben und erweitert werden können. Damit hätte ein technisches Gebäude für die Ofenanlage genügt. Es stellt sich die Frage, ob diese Option geprüft wurde und wie sie sich auf die Kostenseite ausgewirkt hätte. Die Fraktion ist nicht restlos mit dem Argument der Zentrumsfunktion einverstanden. Herr Hiltbold kritisiert, dass auswärtige Kremationen gemäss Bericht als ethisch nicht korrekt empfunden werden, obwohl sich das Krematorium in Thun zu 80% durch Auswärtige quersubventioniert. Gemeinderat Hädener wird betreffend Projektierungskredit vom 30. Juni 2016 zitiert: "Ein wesentlicher Umstand und Kostenfaktor ist, dass Thun als Energiestadt die Vorgabe MINERGIE-P hat. Kein anderes Krematorium wurde in MINERGIE-P gebaut." Dem Bericht wird entnommen, dass auf MINERGIE-P verzichtet wird, die Kosten aber trotzdem steigen. Die Kosten als Ganzes scheinen der Fraktion für den Zweck des Gebäudes unverhältnismässig. Weniger wäre mehr. Die Fraktion lehnt den Verpflichtungskredit entschieden ab.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die umfassenden und korrigierten Unterlagen. Das Geschäft wird erläutert. Die hohen Kosten für den Neubau sind vertretbar, wenn davon ausgegangen wird, dass das Krematorium gleich lang in Betrieb sein wird wie das alte. Es handelt sich um ein schönes, gutes und schlichtes Projekt, das ein würdevolles Abschied nehmen ermöglicht. Die Fraktion ist überzeugt davon, dass das Projekt in der Volksabstimmung Rückhalt findet und stimmt dem Ausführungskredit sowie dem Zusatzantrag der SVP/FDP-Fraktion zu. In der Botschaft hätte zusätzlich auf die Folgekosten durch den Rückbau des alten Krematoriums hingewiesen werden können.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, bittet Gemeinderat Hädener um eine Stellungnahme zu Stadtrat Hiltbolds Votum und stellt einen Antrag für einen anschliessenden Sitzungsunterbruch.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass es sich bei dem Projekt eher um eine Art antike Tempelanlage als um einen klassizistischen Repräsentativbau handelt. Er erinnert daran, dass Friedhöfe Teile von öffentlichen Parkanlagen und Räumen der Stille sind. Aus diesem Grund sind Baukörper mit hoher Qualität angebracht.

Gemeinderat Konrad Hädener informiert über den speziellen Bau des Krematoriums. Während bei gewöhnlichen Wohnbauten die Heizenergie möglichst im Gebäude bleiben soll, produziert das Krematorium mit den Ofenanlagen viel Überschusswärme. Es stellt sich die Frage, ob es gerechtfertigt ist, einen riesigen finanziellen wie auch materiellen Zusatzaufwand zu betreiben, um die Überschusswärme anschliessend kontrolliert in grossen Mengen an die Umwelt abzugeben. Es gibt zurzeit keine Abwärmenutzung. Vorsorglich soll daran gedacht werden, die Möglichkeit zu schaffen, um die Überschussenergie nutzen zu können. Der Gemeinderat hat das Gefühl, in energiepolitischer Hinsicht den richtigen Mittelweg gefunden zu haben. Betreffend Stellenschaffung kann nichts an der Situation geändert werden. Ein weiterer Standort benötigt Personal. Der Gemeinderat möchte ehrlich und transparent sein und unterstützt aus diesem Grund den Antrag der SVP/FDP-Fraktion. In den Juryberichten der Wettbewerbsprojekte ist ersichtlich, dass sich alle mit dem architektonischen Zweck auseinandergesetzt haben. Schweizweit ist die Aufenthaltsqualität auf Friedhöfen ein Thema. Mit dem Säulengang entsteht eine parkähnliche Anlage, die genutzt werden soll. Etliche Wettbewerbsprojekte haben genau diesen Ansatz verfolgt. Das Gebäude öffnet sich gegen aussen und hat innen einen sichtbaren Bezug zum Friedhof. Viele Projekte haben mit dunklen und düsteren Farben gearbeitet. Die Jury hat sich deshalb bewusst für das Projekt "OBON" entschieden. Es handelt sich um ein zweckmässiges Gebäude. Herr Hädener korrigiert, dass mit der Betriebsoptimierung die Betriebsabläufe gemeint sind. Bei Leichnam-Transporten besteht im heutigen Gebäude das Problem, dass der Weg oftmals durch Besuchergruppen hindurchführt. Diese Abläufe sollen durch die Betriebsoptimierung räumlich komplett voneinander getrennt werden. Das Ethikargument wurde von Stadtrat Hiltbold richtig interpretiert. Allerdings stellt sich diese Frage vielen Gemeinden im Einzugsgebiet nicht, da sie nicht über die nötigen Mittel für ein eigenes Krematorium verfügen. Eine Ablehnung des Geschäfts führt zwangsläufig zu auswärtigen Kremationen in Bern. Herr Hädener ist erstaunt darüber, dass sich ausgerechnet die Fraktion gegen den Finanzplan ausspricht, die bis vor kurzem nicht in der SAKO B+L vertreten und damit nicht am Werdegang beteiligt war. Er verweist auf die Unterlagen, in denen von einer Kostenkonkretisierung gesprochen wird. Es handelt sich um einen Kostenfindungsprozess. Der Übergang der letzten Stufe in die jetzige mit einer Abweichung von nur 1% ist sensationell. Das einge-

räumte Einsparpotenzial bei den Umgebungsarbeiten wurde realisiert. Allerdings wurden diese Einsparungen durch Mehrkosten im Energiehaushalt absorbiert. Die Überlegungen zu nötigen Beschattungssystemen, insbesondere für die Glasfassaden, waren unterentwickelt.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, bittet Gemeinderat Hädener um die Beantwortung seiner Frage, ob die Variante überprüft wurde, dass die Aufbahrungsräume im jetzigen Gebäude erhalten bleiben und nur die Ofenanlage ins neue Gebäude verlegt werden.

Die Option wurde geprüft, so **Gemeinderat Konrad Hädener**. Das Modell würde zusätzliche Transporte bedingen. Dieser Hin-und Her-Transport macht betrieblich keinen Sinn.

Der Rat stimmt dem Antrag um einen Sitzungsunterbruch stillschweigend zu.

Sitzungsunterbruch von 18:20 bis 18:30 Uhr.

Abstimmungsbotschaft

Der Ergänzungsantrag der SVP/FDP-Fraktion wird mit 34 : 0 bei 1 Enthaltung angenommen.

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. August,

1. Den Stimmberechtigten wird (mit 30 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung) Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 21. September 2017, beschliessen:

1. Das Projekt Neubau Krematorium Thun wird mit folgenden Teilbeschlüssen genehmigt.
 - a. Verpflichtungskredit von 15'660'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2240.5040.003 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Ausführung des Neubaus Krematorium Thun-Schoren
 - b. Überführung des Grundstücks Thun Gbbl. Nr. 778 und von Teilen der Grundstücke Thun Gbbl. Nr. 1226 und Thun Gbbl. Nr. 1224 zum Buchwert von total 242'433 Franken vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird (mit 31 : 1 bei 3 Enthaltungen) genehmigt.

71. Optimierung Veloabstellanlagen Raum Bahnhof Thun - Mönchstrasse

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 460'000 Franken

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2017

Gemeinderat Konrad Hädener macht auf einen Artikel im Tagesanzeiger aufmerksam, der über die Eröffnung einer unterirdischen Veloparkanlage im Wert von 13 Millionen Franken in Zürich berichtet. Er bittet den Rat, die räumlichen Gegebenheiten auf der Seite Mönchstrasse im Auge zu behalten. Gleise, Fahrleitungen, Strassenraum und Gebäude schränken ein. Die Grundlagen wurden in den vergangenen

zweieinhalb Jahren intensiv erarbeitet. Wenn in gleicher Qualität mehr gebaut werden könnte, würde der Gemeinderat dies sofort unterstützen. Es scheitert am Platz.

Franz Schori, **SAKO B+L**, wurde eingehend über das Geschäft informiert. Die Bäume, die für die Veloabstellanlage weichen müssen, stehen aus Sicht der SBB sowieso am falschen Ort. Der Baubeginn der Veloabstellanlage ist im Frühling, die Inbetriebnahme im Herbst 2018 vorgesehen. Das Tiefbauamt hat sich mit unterschiedlichen Systemen von Veloabstellanlagen befasst. Die Sachkommission begrüsst das Tempo der Projektierung. Eine Kostenbeteiligung für Fahrradfahrende wurde von einigen Mitgliedern der SAKO gewünscht. Andere sprechen sich für ein Gesamtprojekt aus, anstatt ein kleines Projekt nach dem anderen abzuwickeln. Kritisiert werden die Verhandlungen mit der SBB, die noch nicht ganz abgeschlossen sind. Aus diesem Grund wird erwartet, dass bei der grossen Bike&Ride Anlage alle Verhandlungen abgeschlossen sind. Die SAKO stimmt dem Verpflichtungskredit mit 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen und einer Absenz zu.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, sieht den Handlungsbedarf an der Mönchstrasse. Es handelt sich um ein Projekt, das nicht im Budget enthalten ist und dessen Finanzbeteiligung nicht geregelt ist. Die vorgeschlagene Veloabstellanlage ist eine Luxuslösung. Die Fraktion weist das Geschäft einstimmig zurück. Über 50% der Finanzierung ist nicht geregelt. Es wird kritisiert, dass Verhandlungen mit der SBB erst nach dem Beschluss geführt werden. Die Verhandlungsgrundlage wird durch den Stadtratsentscheid unnötig erschwert. Die Druckmittel werden kleiner, sobald die Gelder gesprochen sind. Trotz Begründungen ist es für die Fraktion unverständlich, warum die Stadt keine Gelder aus dem Agglomerationsprogramm in Anspruch nehmen möchte. Generell sind die Investitionskosten für den Veloverkehr langsam sehr hoch. Es wird vorgeschlagen, dass sich Velofahrende in Form eines Tages- oder Jahresabos an den Kosten beteiligen. Die Infrastruktur muss durch das Personal bedient werden. Inwiefern die Doppelanlage ohne Initiative des Personals funktioniert, ist fraglich. Möglicherweise stehen die oberen Stockwerke am Ende leer, während die unteren Plätze überfüllt sind. Dies führt zu einem hohen personellen und erzieherischen Aufwand. Des Weiteren muss die Mönchstrasse im Auge behalten werden, um Chancen für andere Projekte wahrnehmen zu können. Die Strasse wäre ein idealer Abfahrtsort für Busse, insbesondere für die Linien in südliche Richtung. Die momentane Situation ist zwar unschön, aber nicht katastrophal. Die Fraktion ist nicht bereit, völlig unklare Finanzierungen zu akzeptieren und weist das Geschäft zurück, bis die Finanzierung geregelt ist. Zudem sollen Entwicklungsideen für die Realisierung der Mönchstrasse aufgenommen werden.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass eine Optimierung durch das vorliegende Bauprojekt möglich ist. Der Handlungsbedarf ist durch die prekären Platzverhältnisse an der Mönchstrasse gross. Andere Verkehrsteilnehmende werden durch abgestellte Fahrräder behindert. Die Bussituation ist auch der BDP-Fraktion aufgefallen. Die neue Veloabstellanlage muss von Anfang an betreut werden. Mitarbeitende des Einsatzprogramms sollen für Ordnung sorgen, was wichtig und nötig ist. Die Fraktion hofft, dass sich Thuner Fahrradfahrende ihrer Verantwortung bewusst sind und die neue Anlage vorbildlich benutzen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die erarbeiteten Massnahmen und das sorgfältige Vorgehen. Er erläutert das Geschäft. Die Strassensanierung sowie Begegnungszonen sind an diesem Standort wichtig. Die Fraktion hat sich intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Die geplante Anlage ist zwar für den Standort sinnvoll, wird jedoch trotz Doppelstocksystem nicht genügend Plätze anbieten können. Davon hat sich Herr Christen selbst überzeugt. Bevor die Massnahme umgesetzt werden kann, muss mehr Platz geschaffen werden. Dafür gibt es rund um den Bahnhof genügend geeignete Plätze. Die Wirkung des Ordnungsdienstes zeigt sich heute bereits und wird auch mit der neuen Anlage weiterhin nötig sein. Die vorgeschlagene Veloabstellanlage an der Seefeldstrasse sowie die Velostation an der Mönchstrasse sind zwingend nötig, um den Druck auf dieser Seite des Bahnhofs wegzunehmen. Die bisherige Kommunikation wird bemängelt. Dabei handelt es sich um eine wichtige Massnahme, die intensiviert werden muss. Die Fraktion ist der Meinung, dass bei weiteren Planungen Fachorganisationen beigezogen werden sollen. Eine Gesamtbetrachtung beim Bahnhof ist nötig. Diese ist durch den Bericht der Rundum mobil GmbH bereits vorhanden. Jetzt müssen die Massnahmen umgesetzt werden. Die Fraktion vertraut auf die Aussage des Gemeinderats, dass sich die SBB zu 50% an den Kosten beteiligt. Herr Christen weist darauf hin, dass der Veloverkehr im Vergleich zum motorisierten Verkehr relativ kostengünstig ist. Zudem sind die Kosten der Velostation Thun vergleichbar mit der Velostation Bern.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, dank dem Gemeinderat für den etwas zu wenig umfassenden Bericht. Die Fraktion ist mit der Veloabstellanlage einverstanden, stört sich jedoch darüber, dass Fachorganisationen wie Pro Velo nicht mit einbezogen wurden. Alleine mit diesem Projekt ist das Problem noch nicht gelöst. Es braucht weitere Parkmöglichkeiten entlang der Seefeldstrasse. Die Velostation auf der Nordseite muss renoviert werden, während auf der Südseite eine Neue geplant ist. Es stellt sich die Frage, ob man die Velostationen nicht hätten kombinieren können. Eine saubere Kommunikation betreffend Handhabung der doppelstöckigen Veloparkieranlage ist wichtig. Es soll nicht zu viel Zeit verloren werden, unter anderem auch wegen den aktuellen Diskussionen um die Sparmassnahmen im Kanton. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Die momentane chaotische Situation, so Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, macht keinen guten Eindruck. Deshalb folgt die Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderates. Für die funktionsfähigen doppelstöckigen Anlagen sind Begleitmassnahmen des Einsatzprogrammes nötig. Bei der Beteiligung der SBB kann aufgrund von gemachten Erfahrungen davon ausgegangen werden, dass sie sich an die Vereinbarung hält. Die Sanierung der Mönchstrasse sowie die Einrichtung der Begegnungszone soll als Chance genutzt werden. Bei der Ausführung soll die Abgrenzung der Fahrbahn von der Trottoir-Seite berücksichtigt werden. Die Fraktion befürwortet den Bau der Veloabstellungsanlage und stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Peter Aegerter (BDP) geht davon aus, dass nicht alle bestehenden Veloparkplätze rund um den Bahnhof entfernt werden. Dementsprechend wird es durch die Veloabstellanlage zu mehr Parkplätzen kommen. Als Velofahrer könnte er sich eine Kostenbeteiligung seitens der Fahrradfahrenden vorstellen.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, findet es befremdend, dass Fachorganisationen Stadtratsberichte und Projekte absegnen müssen. Die Fraktion lehnt das Geschäft nicht ab, sondern weist es zurück. Es stellt sich die Frage, wie viel die Betreuung der Veloabstellanlage kostet. Es wird von einem hohen Kostenpunkt ausgegangen.

Andrea de Meuron (Grüne), Mitinhaberin der Rundum mobil GmbH, enthält sich beim vorliegenden Geschäft. Die Rundum mobil GmbH hat die Grundlagen geliefert. Die Firma ist in keinsten Weise durch den Bau der Veloabstellanlage betroffen. Frau de Meuron ergänzt, dass Einsatzprogramme wichtige und sinnvolle Beschäftigungen für Stellenlose sind.

Adrian Christen (SP) stellt klar, dass er die Fahrräder im markierten Bereich gezählt hat.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, findet es wichtig, dass Fachorganisationen mit einbezogen werden. Partizipation ist wichtig. Die Fraktion beantragt einen Sitzungsunterbruch vor der Abstimmung.

Gemeinderat Konrad Hädener findet den Rückweisungsantrag der SVP/FDP-Fraktion nachvollziehbar. Es gibt keine schriftliche Zusage der SBB. Allerdings ist ebenfalls verständlich, warum die SBB keine Zusage geben kann. Dies wäre zu Lasten ihres Budgets 2019. Ein Rückweisungsantrag kann in Erwägung gezogen werden, führt jedoch zu einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren. Der Handlungsdruck ist heute bereits gross. Herr Hädener begründet zur Aussage von Stadtrat Deriaz, dass es sich bei Bike&Ride um ein Agglomerationsprojekt handelt, das nur auf der Basis von vorherigen Finanzierungsvereinbarungen funktioniert. Er unterstreicht, dass es sich bei der Veloabstellanlage um eine Investition handelt. Investitionen werden nicht budgetiert, sondern sind im Aufgaben- und Finanzplan eingestellt. Für die Doppelstockanlagen wird Personal benötigt. Die Velostation wird deshalb durch Einsatzprogramme personalverstärkt, wie dies heute schon geschieht. Dabei handelt es sich um einen sinnvollen Einsatzzweck, für den keine spezielle Ausbildung nötig ist. Die Einsatzprogramme werden nicht durch die Stadt finanziert. Anfangs müssen tägliche Räumungsarbeiten durchgeführt werden. Die Velostation hat zugesichert, über die personellen Ressourcen zu verfügen. Zum Votum von Stadtrat Deriaz betreffend STI betont er, dass der Zugang zum Bahnhof in diesem Gebiet auch für die STI ein Thema ist, allerdings in einem grösseren Ausmass. Es ist fraglich, ob die STI über die Mönch- und Seefeldstrasse in einem Quartier platziert werden soll. Möglicherweise eignet sich der Raum hintere Ringstrasse, Frutigenstrasse, Klosestrasse als grosser Knotenpunkt. Dieses Thema ist heute noch nicht spruchreif und „beisst“ sich. Falls der Anspruch besteht, die STI an der Mönchstrasse zu platzieren, müssten Veloparkplätze geopfert werden. Herr Hä-

dener dankt Stadtrat Christen für sein differenziertes Votum. Ihm fehlt eine Aussage zur Qualität der Veloabstellanlage. Die Dichte geht zwar verloren, allerdings zugunsten der Qualität. Eine Qualitätssteigerung wird beispielsweise durch die Abschliessbarkeit an der Anlage sowie den Wetterschutz erreicht. Die Qualitätsverbesserung ist wegen der Zunahme der Elektromobilität ein wichtiger Faktor. Allerdings steigt die Gesamtkapazität des gesamten Areals damit nicht. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt noch ein grösseres Projekt nötig sein. Herr Hädener nimmt die Kritik betreffend fehlendem Einbezug der Fachorganisationen entgegen. In den Anfängen des Projekts wurde Pro Velo mit einbezogen. Um die Grundlagen zu erarbeiten, wurde der Auftrag an die Fachfirma Rundum mobil GmbH übergeben. Der Gemeinderat ist zufrieden mit dem Ergebnis. Vertretende von Pro Velo wären vermutlich nicht in der Lage gewesen, diese aufwändige Arbeit in ihrer Freizeit zu leisten. Zum Votum von Stadtrat Gugger betont er, dass die Berichte niemandem vorenthalten werden sollen. Aus diesem Grund wurden sie im Frühling an alle Sachkommissionen verschickt. Der Vorschlag, die Projekte der Velostationen zu kombinieren, ist angebracht. Die Velostationen, die unter dem Titel Bike&Ride laufen, haben laut Machbarkeitsstudie eine andere Kostendimension und fallen in den Bereich des Agglomerationsprogramms. Damit liegt das Projekt im Fahrplan ESP Bahnhof, der in 5 bis 15 Jahren spruchreif ist. Aus diesem Grund wurde der Ansatz verfolgt, möglichst rasch vorwärts zu machen. Gemeinderat Hädener appelliert an den Rat, die Zielsetzung der Legislatur nicht nur zu planen sondern auch umzusetzen.

Sitzungsunterbruch von 19:10 bis 19:45 Uhr.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP/FDP-Fraktion:

Der Rat weist das Geschäft mit 17 : 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen zurück.

72. Dringliches Postulat P 7/2017 betreffend politische Unterstützung für die Hotelfachschule Thun

Lukas Lanzrein (SVP), Carlo Schlatter (SVP), Serge Lanz (FDP), Mark van Wijk (FDP) und Mitunterzeichnende vom 24. August 2017; Beantwortung

Die Stadtratspräsidentin bittet den Rat, lediglich auf die spezielle Massnahme und nicht auf das ganze Entlastungspaket einzugehen.

Der Stadtpräsident begrüsst die Anwesenden und hält fest, dass der Bildungsstandort Thun mit der Umsetzung aller geplanten kantonalen Sparmassnahmen massiv geschwächt würde. Die beiden Institutionen Hotelfachschule und Bildungszentrum Pflege sind für den Gemeinderat sehr wichtig und sollen erhalten bleiben. Der Gemeinderat setzt sich mit allen Mitteln und voller Überzeugung dafür ein. Er bittet den Rat, die beiden Vorstösse mit Überzeugung zu überweisen und ein einstimmiges Signal nach Bern zu senden.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positiven Ausführungen und freut sich über die grosse politische Unterstützung. Damit wird ein wichtiges und starkes Zeichen gesendet. Er dankt Stadtpräsident Raphael Lanz sowie den Grossräten aus der Region, die eine Finanzmotion eingereicht und Support für die Institutionen gefordert haben. Das Geschäft wird erläutert. Der Fraktion ist eine ausgeglichene kantonale Rechnung ein Kernanliegen. Es ist klar, dass der Kanton Bern sparen muss. Angesichts der hohen Steuerbelastung im Kanton Bern sind weitere Steuererhöhungen keine Option. Im vorliegenden Fall gilt es zu berücksichtigen, dass die Hotelfachschule bereits einen Beitrag zu den Sparmassnahmen des Kantons Bern leistet. Zudem ist die Region Thun im Bildungsbereich überdurchschnittlich von dem Entlastungspaket betroffen. Neben den beiden Institutionen sind auch die Gartenbauschule Hünibach und das Gymnasium Thun durch die Verzögerung des Neubaus betroffen. Die Sparmassnahme widerspricht der eigentlichen kantonalen Strategie, die Zentren Bern, Thun und Biel im Hinblick auf die Finanzkraft zu stärken. Es handelt sich um eine Bumerang-Sparmassnahme, die nicht nachhaltig ist. Wenn bei der Bildung an der Front gespart wird, werden gute Ausbildungsmöglichkeiten gefährdet, was zu einer Verringerung attraktiver Jobs, weniger Konsum und Investitionen und somit zu tieferen Steuereinnahmen führt. Die Fraktion ist überzeugt davon, dass die Hotelfachschule gestärkt werden muss und beantragt eine einstimmige Überweisung.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, sind verschiedene Ungereimtheiten aufgefallen. Nur einen Tag nach der Dringlichkeitserklärung des Postulats wurde am 25. August 2017 eine Medienmitteilung der SVP Kanton Bern herausgegeben. Darin wird festgehalten, dass der Umfang des Entlastungspakets nicht verringert werden darf und sich die SVP in finanzpolitischen Debatten im November entsprechend einsetzen wird, um den verantwortungslosen Bemühungen von links eine klare Absage zu erteilen. Herr Allemann kritisiert die Finanzmotion der SVP, die am 4. September 2017 im Grossen Rat überwiesen wurde. Die Motion verlangt, dass Sparmassnahmen getrennt nach Schulen auszuweisen sind. Zudem soll bei der Hotelfachschule auf Sparmassnahmen verzichtet werden. In der Motion wird nicht davon gesprochen, auf alle Sparmassnahmen im Bildungsbereich zu verzichten. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Hotelfachschule eine wichtige Institution für Thun und die Tourismusregion Bern ist. Herr Allemann erinnert an den positiven Ausflug in die Hotelfachschule im vergangenen Jahr. Im Gegensatz zur bürgerlichen Sparpolitik ist die Fraktion der Meinung, dass das Sparpaket im Kanton generell überarbeitet werden muss. Wenn einzelne Punkte aus dem Sparpaket gestrichen werden, muss auch das Sparziel angepasst werden. Es wird vermutet, dass sich die Bürgerlichen nur gegen die Sparmassnahmen aussprechen, da es Institutionen aus dem eigenen Wahlbereich betrifft. Herr Allemann stellt fest, dass man sich voll und ganz im Sparkurs befindet, trotz negativer Auswirkungen und obwohl der Stadtpräsident und der Fraktionschef im Vorstand des Kantons Berns sitzen.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, stellt fest, dass das Sparpaket des Kantons ein Belastungspaket für Thun und das Berner Oberland ist. Sie zeigt auf, dass fast 74% aller Logiernächte im Kanton Bern im Oberland zu verzeichnen sind. Die Fraktion hilft mit, dem Kanton ein Zeichen zu schicken. Die gut Ausgebildeten der Hotelfachschule sind ein wichtiges Aushängeschild für die Gäste aus dem In- und Ausland. Die Fraktion nimmt den Antrag des Gemeinderates einstimmig an.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schliesst sich Stadträtin Huber Notter an. Die Wichtigkeit von Bildungsinstitutionen ist unbestritten. Frau de Meuron macht darauf aufmerksam, dass sie, im Gegensatz zur FDP, die Motion ebenfalls mitunterzeichnet hat. Von den Sparmassnahmen sind noch andere Bereiche betroffen. Wenn einzelne Bereiche aus dem Sparpaket herausgepickt werden, kann das Sparziel von 180 Millionen Franken nicht eingehalten werden. Die Fraktion hofft darauf, dass das Sparziel entsprechend angepasst wird. In der Haushaltung des Kantons Bern gibt es positive Abschlüsse und Prognosen. Ziel der eigentlichen Sparmassnahmen sind Steuergeschenke für Grossbetriebe, die durch einen Leistungsabbau herbeigeführt werden sollen. Die Fraktion ist damit nicht einverstanden und wird sich im Stadtrat und im Grossen Rat dagegen wehren. Frau de Meuron ist gespannt auf das Verhalten der Bürgerlichen.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, zeigt die Wichtigkeit der Hotelfachschule Thun auf. Es besteht ein Grundvertrauen an die gelieferte Qualität. Es ist Aufgabe des Stadtrates, eine klare Botschaft nach Bern zu schicken und die Rücken der Grossratsmitglieder zu stärken. Die Hotelfachschule soll auch weiterhin in Konkurrenz zu anderen Standorten stehen. Zusätzliche Sparmassnahmen zu den bestehenden würden dazu führen, dass die Studierendenbeiträge erhöht werden müssten, zumal die Kosten schon heute relativ hoch sind. Diese Massnahme ist nicht förderlich für die Zugänglichkeit aller Bevölkerungsschichten. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, kritisiert das Votum von Stadtrat Allemann. Es wird daran erinnert, dass nicht über das Entlastungspaket als Ganzes diskutiert wird. Die Fraktion freut sich darüber, wenn alle Ratsmitglieder ein Zeichen setzen und dem Vorstoss zum Durchbruch verhelfen. Herr Lanzrein macht darauf aufmerksam, dass der Vorschlag zu Sparmassnahmen bei der Hotelfachschule nicht von einem bürgerlichen Regierungsrat kam. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Stadträtinnen und Stadträte, die das Postulat unterzeichnet haben, sich innerhalb der Kantonalpartei gegen die Sparmassnahmen einsetzen werden. Schlussendlich entscheidet jedoch das Parlament. Herr Lanzrein bestätigt, dass Frau de Meuron die Motion ebenfalls unterzeichnet hat.

Der Stadtpräsident dankt für die Unterstützung. Für Institutionen ist es gefährlich, wenn sie in den Strudel von parteipolitischen Diskussionen geraten. Er rät davon ab, damit Parteipolitik zu machen. Der Gemeinderat wird sich mit aller Kraft und unabhängig von der Parteizugehörigkeit für die Erhaltung der Institutionen einsetzen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

Martin Allemann (SP) gibt eine persönliche Erklärung ab. Das Votum von Lukas Lanzrein wird kritisiert. Er bittet die Ratsmitglieder, andere Voten nicht ab- oder aufzuwerten und einander zuzuhören. Es braucht im Stadtrat keine moralische Aufsichtsperson.

73. Dringliches Postulat P 8/2017 zur drohenden Schliessung des Standortes Thun des Berner Bildungszentrum Pflege

Alice Kropf (SP) vom 24. August 2017; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, freut sich über die Unterstützung des Gemeinderates und begrüsst alle Anwesenden. Gesamtschweizerisch herrscht im Bereich der Pflege ein Mangel an Fachkräften. Ein hoher Anteil der neu Angestellten kommt aus dem Ausland. Bis im Jahr 2025 können nur noch 56% des Nachwuchsbedarfs abgedeckt werden. Aus diesem Grund müssen mehr Studienplätze und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. In Thun werden jährlich ca. 250 bis 300 Studierende ausgebildet, die durch eine Schliessung des Bildungszentrums in Bern untergebracht werden müssten. Da der Campus Bern dafür nicht genügend Kapazitäten hat, würde dies vermutlich zu einer Reduzierung der Studienplätze führen. Die Option einer Erweiterung des Campus Bern führt zu hohen Kosten, was nicht im Sinne eines Sparpakets wäre. In Visp werden nur wenige Studierende ausgebildet. Die Zahl der Studierenden, die Thun oder Bern an den Nachbarkanton verlieren würde, ist marginal und kann nicht als Argument zur Schliessung des Standorts Thun verwendet werden. Nicht zu vergessen sind die Arbeitsplätze, die durch die Schliessung verloren gehen. Die bürgerliche Regierung hat das Sparpaket beschlossen, um Unternehmen steuerlich zu entlasten. Die Sparmassnahmen sind nicht nur für Thun, sondern für den ganzen Kanton schmerzlich. Die Fraktion hofft auf ein klares Zeichen für den Erhalt der Bildungslandschaft Thun.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats und für die eindeutige Positionierung. Thun hat eine gut funktionierende Volksschule, war aber noch nie eine Stadt der Bildung. Durch den Wegfall des Lehrerseminars, der Gartenbauschule Hünibach und den jetzt anstehenden Sparmassnahmen bei den beiden Institutionen erinnert Thun eher an eine Bildungswüste. Es macht keinen Sinn, von strukturschwachen Landregionen und Städten zu sprechen und anschliessend tragende Strukturen zu zerstören. Das Bildungszentrum Pflege in Thun hat bildungspolitisch einen Leuchtturmcharakter. Bildungsinstitutionen sorgen für mehr Standortattraktivität. Fachkräfte sind existentiell. Nur wer eine adäquate Ausbildung hat, kann sich im inneren kompetitiven Umfeld behaupten. Die Fraktion spricht sich mit Überzeugung für den Erhalt des Berner Bildungszentrums Pflege in Thun aus. Herr van Wijk bittet den Gemeinderat und die anwesenden Grossräte, sich beim entsprechenden Verwaltungsrat gegen die Sparmassnahmen einzusetzen. Er warnt vor Massnahmen im Volksschulbereich. Im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung wurden im 2014 mehrere Klassen mit viel Aufwand und Entlassungen geschlossen, was zu grösseren Klassen geführt hat. Am Ende des Jahres wurden schwarze Zahlen präsentiert.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme. Viele ältere Menschen werden in einer Langzeitinstitution gepflegt. Für Langzeitinstitutionen ist es eine Herausforderung, gut ausgebildetes Pflegepersonal zu finden. Die tertiäre Ausbildung für Pflege ist kein Vergnügen und braucht einiges an Durchhaltewillen. Es ist fraglich, wie sich die Situation durch die Schliessung des Bildungszentrums Pflege Thun verbessern soll, wenn es bereits heute schwierig ist, gut ausgebildetes Pflegepersonal zu finden. Der Pflegeberuf soll im Berner Oberland gestärkt werden, indem die vorhandenen Ausbildungsinfrastrukturen weitergeführt werden. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, sieht geeignetere Sparbereiche als die Bildung. Frühere gescheiterte Schliessungsversuche des Bildungszentrums Pflege Thun demonstrieren dessen Wichtigkeit. Dezentrale Ausbildungsmöglichkeiten sind erwünscht. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an Pflegepersonal in Zukunft steigen. Die Fraktion begrüsst es, wenn Pflegepersonal auch weiterhin in Thun ausgebildet wird und appelliert deshalb an alle Grossräte, Gemeinderäte und die Verantwortlichen im Bildungszentrum, sich für den Standort Thun stark zu machen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die positive Beantwortung und seinen Einsatz. Aus kantonaler Sicht ist der Grundsatz wichtig, nicht im Bereich der Pflege zu sparen. Einerseits besteht ein Mangel an Fachkräften, andererseits ist eine interprofessionelle Zusammenarbeit wichtig. Lösungen für die steigenden Gesundheitskosten müssen gesucht werden. Dabei haben die Fachleute in der Pflege einen hohen Stellenwert. Die Fraktion findet diese Investition sehr wichtig und unterstützt das Geschäft.

Der Stadtpräsident dankt für die Unterstützung des Rats. Er weist darauf hin, dass sich die Debatte um die Entwicklung des Kantons in dieser Kürze nicht unbedingt eignet.

Alice Kropf (SP) stellt sich die Frage, wann sich je ein SVP/FDP-Grossrat gegen Kürzungen im Bildungsbereich ausgesprochen hat.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig.

74. Dringliche Interpellation I 14/2017 betreffend mehrmaliger Überschreitung der Ozongrenzwerte

Fraktion Grüne vom 29. Juni 2017; Beantwortung

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, ist nicht zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, kritisiert das Mobilitätskonzept. Die Stadt ist noch lange nicht dort, wo sie sein könnte. Eine weitere Chance wurde verpasst, um mit klaren Worten und Taten auf das Thema Ozon aufmerksam zu machen. Das Thema und die Vorgaben werden nicht ernst genommen. Es wird auf die Website des Kantons verwiesen, laut der die Bevölkerung durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit für ein umweltfreundliches Mobilitätsverhalten sensibilisiert und motiviert werden soll. Es handelt sich um ein langfristiges Problem. Diesen Sommer wurde der Bevölkerung empfohlen, sich den Gegebenheiten anzupassen und sich bei hoher Belastung weniger im Freien zu bewegen. Für bewegungsfreudige Kinder oder Bauarbeitende ist diese Empfehlung nur schwer umsetzbar. Mehr Bewegung täte allen gut und wird gefördert. Statt sich weniger zu bewegen, werden mehr Engagement, mehr Aktionen und eine aktivere Kommunikation für bestehende Angebote, z.B. Velospot und neue Dienstleistungen wie Hauslieferdienste mit Cargovelos gefordert. Vergleichbare Energiestädte wie Solothurn oder Biel können mit ihren Aktionen als Vorbild betrachtet werden. Solche Aktionen müssen bis nächsten Sommer griffbereit sein. Zudem sind weitere Verbesserungen der Infrastruktur für Elektromobilität gefordert. Herr Kestenholz dankt für alle Bemühungen, die in diese Richtung zielen. Es geht nicht nur um Ozonwerte, sondern um jede Art von Luftverschmutzung, die vorwiegend durch Verbrennungsmotoren entsteht. Zustände, wie sie diesen Sommer geherrscht haben, können dabei helfen, das Dauerthema der Bevölkerung näher zu bringen. Herr Kestenholz hofft, dass positive Anreize dafür reichen und das Thema entsprechend ernst genommen wird. Er dankt all denjenigen, die mit gutem Vorbild vorausgehen. Bei der Frage, was gegen den motorisierten Verkehr gemacht werden kann, sind alle gefordert. Herr Kestenholz macht auf eine Aussage der britischen Regierung aufmerksam, laut der die schlechte Luftqualität das grösste Risiko für die Volksgesundheit ist. Es handelt sich bei der Luftverschmutzung um einen Teufelskreis. Indien beispielsweise steckt bereits tief in dem Problem. Jährlich sterben dort rund eine Million Menschen an der Luftverschmutzung. Es ist daher wichtig, eine Vorbildfunktion einzunehmen und rechtzeitig einzulenken.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass nicht nur die Gesundheit sondern auch die Freiheit gefährdet ist. Es kann nicht sein, dass Menschen davon abgehalten werden, sich zu bewegen. In der Interpellation wurden nicht unbedingt die richtigen Fragen gestellt. Präventionsmassnahmen sind gefragt. Thun ist abhängig von den umliegenden Städten und Regionen, sollte als Zentrum aber eine Vorreiterrolle übernehmen. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass er vorausschauend und geeignete Instrumente und Anreize zur Verbesserung der Situation einsetzt. Bei einem Tag pro Jahr handelt es sich wahrschein-

lich um ein Wunschdenken. Dennoch wäre es wünschenswert, dass sich die Werte senken. Es wird vermutet, dass der motorisierte Verkehr für die hohe Luftverschmutzung verantwortlich ist. Die Fraktion ist der Meinung, dass vermehrt auf eMobilität - bei Velos wie auch bei Autos - gesetzt werden soll. Dafür sind in den Quartieren jedoch keine Ladestationen vorhanden. Diesbezüglich könnten in Zusammenarbeit mit EnergieThun Angebote erstellt werden. Herr Kübli lobt die Stadt für die Bemühungen und die Anschaffung von elektrischen Fahrzeugen. Die Fraktion ist der Meinung, dass vermehrt an den Ursachen und deren Reduktion gearbeitet werden soll, statt reine Symptombekämpfung zu betreiben.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Massnahmen. Eine Abgasreduktion führt zu besseren Ozonwerten und wirkt dadurch dem Klimawandel entgegen. Herr Bühlmann schliesst sich seinen Vorrednern an. Es könnte mehr gemacht werden, wie beispielsweise die Umsetzung der Veloverbindung Bahnhof-Selve. Diese würde viele Vorteile mit sich bringen. Die Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und den ÖV muss verbessert werden. Persönlich hat Herr Bühlmann das Gefühl, dass der Gemeinderat zu wenig Mut für unpopuläre Massnahmen zur Verkehrsbeschränkung hat. Beim Stadtlauf ist es beispielsweise kein Problem, die Strassen zu sperren. Alte, schwache und kranke Leute leiden besonders unter dem Ozon. Es ist erwiesen, dass die Sterberate auch in der Schweiz bei höheren Ozonwerten steigt. Der Gemeinderat wird dazu aufgerufen, mehr unpopuläre Massnahmen zu ergreifen.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth zeigt auf, dass auch auf dem Jungfrauoch erhöhte Ozonwerte gemessen werden. Die erweiterten Massnahmen sollen vorangetrieben werden. Da das Problem vermutlich nicht gelöst werden kann, soll die Bevölkerung zumindest auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden.

Die Stadtratspräsidentin informiert über die Verschiebung der Traktanden 10 und 11 auf die nächste Sitzung.

75. **Postulat P 3/2017 betreffend Verkehrschaos um den Bahnhof reduzieren und neues Parking füllen**

Fraktion Grüne vom 6. April 2017; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und beantragt eine punktweise Abstimmung. Betreffend Punkt 1 wird an die ursprüngliche Idee, den Suchverkehr zu reduzieren, erinnert. Das Parking am Bahnhof erweckt einen chaotischen Eindruck. Grund dafür könnte sein, dass noch nicht alle umliegenden Parkplätze aufgehoben wurden. Das Parkhaus wirkt leer stehend. Die Auslastung könnte durch Aktionen optimiert werden. Die Stadt trägt als Hauptaktionärin eine Verantwortung. Eine einfache Kommunikationsmassnahme wird begrüsst. Der 1. Punkt soll überwiesen und nicht abgeschrieben werden. Zu Punkt 2 wird über die verschiedenen Nutzergruppen beim Perronausgang informiert. Neben dem normalen Pendlerstrom gibt es Autos, die Personen bringen oder abholen wollen. Dafür sind die Kurzzeitparkplätze Kiss&Ride dringend nötig. Die Umgestaltung der Parkplätze wurde im Stadtrat diskutiert. In den Unterlagen finden sich widersprüchliche Aussagen zu den Kiss&Ride Parkplätzen. Im Postulat wird davon gesprochen, dass die Parkplätze noch nicht markiert wurden. Gleichzeitig steht in der Interpellation, dass darauf verzichtet wird. Frau de Meuron weist darauf hin, dass es alleine mit den Markierungen noch nicht getan ist. Da alle möglichst nahe am Perronausgang parkieren möchten, ist eine Signalisation der entsprechenden Parkplätze nötig. Da es sich bei den gut gelegenen Parkplätzen um Privatboden handelt, muss sich die Stadt fügen. Es ist verständlich, dass diese Situation nicht angenehm ist. Der Gemeinderat und die Bürgerlichen werden gebeten, die Chance nochmals zu ergreifen und die Parksituation zu prüfen, die speziell für Autofahrende von Vorteil ist. Die Fraktion beantragt eine Überweisung von Punkt 2. Betreffend Punkt 3 macht Frau de Meuron darauf aufmerksam, dass die solarbetriebenen Gratsparkplätze speziell für emissionsfreie Elektrofahrzeuge vorgesehen sind. Es ist fraglich, ob keine bessere Platzierung möglich ist. Die Parkkontrollen werden zwar begrüsst, verursachen jedoch Kosten. Eine bessere Signalisation würde dafür sorgen, dass die Spezialparkplätze nicht von motorisierten Fahrzeugen genutzt werden. Die Beantwortung des letzten Punktes betreffend STI scheint plausibel. Die Fraktion beantragt, die geprüften Punkte 3 und 4 abzuschreiben.

Daniela Weber, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Die Fraktion sieht im Hinblick auf die Gesamtarealplanung rund um den Bahnhof keinen Handlungsbedarf und möchte nicht in den laufenden Prozess eingreifen. Es ist fraglich, ob eine Überweisung die erhofften Verbesserungen mit sich bringen würde. Das Postulat wurde zufriedenstellend beantwortet. Zu Punkt 2 wird festgehalten, dass die Voraussetzungen für einen Prüfauftrag möglicherweise gegeben gewesen wären, wenn Einsprachen die Verkehrsmassnahmen nicht verhindert hätten. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und lehnt alle Punkte einstimmig ab.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, informiert über die unterschiedlichen Hotspots rund um den Bahnhof. Das Chaos muss aufgeräumt werden, damit der Verkehr wieder laufen kann. Die drei ähnlichen traktandierten Themen zeigen den dringenden Handlungsbedarf im Verkehr. Sinnvolle Massnahmen sollen ohne Verzögerung ergriffen werden. Eine Gesamtbetrachtung rund um den Bahnhof Thun ist erwünscht. Die Widersprüchlichkeit der Aussagen zu den sinnvollen Kurzzeitparkplätzen Kiss&Ride wird kritisiert. Die Fraktion begrüsst den Grundsatz der Thuner Verkehrspolitik mit dem Parkhausring und der Förderung des Langsamverkehrs, stellt jedoch eine Tendenz fest. Während die grossen Hauptprojekte wie beispielsweise Parkhäuser oder Bypass gut laufen, werden Begleitmassnahmen vernachlässigt. Das Augenmerk soll vermehrt zurück auf das Gesamtprojekt gelegt werden, wobei Grossprojekte und Begleitmassnahmen wie versprochen im Gleichgewicht sein sollen. Es wird auf die Abstimmungsbotschaft zum Schlossbergparking verwiesen. Die Fragestellungen im Postulat sind leicht zu beantworten und zu überprüfen. Frau Ali-Oesch bestätigt, dass das Parkhaus City Süd meistens fast leer steht. Es wird an die Stadt als Hauptaktionärin appelliert. Auch wenn die Parkplätze an der Mönchstrasse Privateigentum sind, kann und soll der Kontakt zu den Eigentümern gesucht werden um die notwendigen Kiss&Ride-Parkplätze an diesem Standort zu erstellen. Auch die Prüfung der Massnahme zur Signalisation und Kontrolle der eParkplätze wird begrüsst. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, hebt hervor, dass das Postulat nur die Prüfung von kurzfristigen und einfach umsetzbaren Massnahmen verlangt, was in all den geforderten Punkten nicht der Fall ist. Im Bereich der Kommunikation könnte vermehrt auf leer stehende Parkhäuser hingewiesen werden. Die Benutzung der eParkplätze muss kontrolliert und allenfalls gebüsst werden. Die temporären STI-Bushaltestellen sowie die Verkehrssicherheit sind unter Einbezug der STI jeweils gut gelöst. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, begrüsst eine bessere Auslastung des Parkings. Die Fraktion ist mit den Antworten des Gemeinderates einverstanden und lehnt das Postulat in allen Punkten ab.

Gemeinderat Konrad Hädener nimmt den Aufruf zu unpopulären Massnahmen zur Kenntnis. Er weist darauf hin, dass er diesbezüglich bereits viel Kritik erhält. Herr Hädener gibt Stadtpräsident Raphael Lanz als Verwaltungsratspräsident der Parkhaus Thun AG das Wort, um über die aktuellen Geschehnisse zu informieren.

Der Stadtpräsident informiert über die bisher erfolgten Auslastungsmassnahmen. Verschiedene Medienberichte wurden verfasst und die Ausschilderung wurde optimiert. So wurde beispielsweise die Einführung des Parkleitsystems vorgezogen. Zudem wurden Optimierungen bei Google vorgenommen, damit Autos direkt in die Parkhäuser gewiesen werden. Des Weiteren wurden Plakat- und Werbeaktionen im Wert von über 30'000 Franken durchgeführt, wie beispielsweise die Sympathiewerbeaktion im Aarefeldbereich, bei der Schokolade und Jetons verteilt wurden. Nach Erfahrungen der APG dauert es bis zu drei Jahren, bis ein Parkhaus von der Bevölkerung akzeptiert wird. Der Standort des Parkhauses auf der anderen Seite der Gleise ist zwar gewöhnungsbedürftig, hat jedoch bereits zu positiven Rückmeldungen geführt. In der Statistik ist eine deutliche Zunahme sichtbar. Herr Lanz unterstreicht, dass die Massnahmen bereits geprüft und zu einem grossen Teil ausgeführt wurden.

Gemeinderat Konrad Hädener verweist auf die Erläuterungs- und Mitwirkungsunterlagen der ZPP, in denen sechs Kiss&Ride Parkplätze entlang der Mönchstrasse, direkt vor der Veloabstellanlage, eingezeichnet sind. Es macht keinen Sinn, die Parkplätze vor der Veloabstellanlage zu platzieren und diese damit zu blockieren. Weitere sechs Parkplätze sind entlang der Seefeldstrasse eingezeichnet. Diese Parkplätze wurden noch nicht markiert, da die Platznutzung noch offen ist. Herr Hädener weist auf die bestehenden Kiss&Ride Parkplätze bei den beiden Fussgängerausgängen hin. Die Namensherkunft der

Kiss&Ride Parkplätze wird erläutert. Betreffend private Parkplätze wurden die Abklärungen bereits getroffen. Es wird darüber informiert, dass einer der Eigentümer zu Beginn der Stadtratssitzung anwesend war. Einige Mitglieder aus dem Gemeinderat konnten sich in der Pause persönlich davon überzeugen, dass diesbezüglich keine weiteren Diskussionen möglich sind. Dem Gemeinderat ist bekannt, dass die speziellen eTankstellen teilweise zum Parkieren missbraucht werden. Es handelt sich um ein Vollzugsproblem, das auch an einem anderen Standort herrscht. Die Vorschläge betreffend beleuchteter Signalisation der eParkplätze können aufgenommen und geprüft werden. Beim Votum von Stadträtin Ali-Oesch betreffend dinglichem Handlungsbedarf im Verkehr verweist Herr Hädener auf die behandelte Vorlage, bei der die Mehrheit des Stadtrates die Dringlichkeit nicht sieht.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, beantragt die Abschreibung von Punkt 1.

Der Rat lehnt Punkt 1 mit 21 : 11 Stimmen ab.

Der Rat lehnt Punkt 2 mit 21 : 11 Stimmen ab.

Der Rat lehnt Punkt 3 mit 21 : 11 Stimmen ab.

Der Rat lehnt Punkt 4 mit 21 : 11 Stimmen ab.

76. Interpellation I 12/2017 betreffend Vergabe externer Aufträge

SVP/FDP-Fraktion vom 1. Juni 2017; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden und dankt für die geleistete Arbeit.

79. Sitzungskalender 2018

Genehmigung

Der Sitzungskalender 2018 wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

80. Fragestunde F 9/2017

Offizier in Thuner Innenstadt Angegriffen-Sicherheitsdienst schaut zu SVP/FDP-Fraktion vom 19. September 2017

Die Frage F 9/2017 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin missbilligt die teilweise sehr langen Voten einiger Ratsmitglieder und bittet sie, deren Dauer in Zukunft kritisch zu hinterfragen und allenfalls zu kürzen.

Eingänge

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Vertagte Traktanden

- Interpellation I 6/2017 betreffend Stand Aufhebung Parkplätze in der Innenstadt; Fraktion Grüne und SP vom 6. April 2017; Beantwortung

- Interpellation I 7/2017 zum Fahren- und Transparentverbot am Fussballspiel FC Thun - FC Luzern; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2017; Beantwortung

Die Stadtratspräsidentin


Sandra Rupp Gyger

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger